

Union Kurrier



Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn

Europawahl 2019

Bonn im Herzen Europas

In der Presse und in den sozialen Medien wird Europa viel zu oft als „Schicksalsgemeinschaft“ gesehen, die es zu retten gelte im Jahr der Europawahl. Die sogenannten Bedrohungen tragen Namen wie Populismus, Terrorismus, Brexit oder Flüchtlingskrise. Seit ihrer Gründung 1952 hat die Europäische Wertege-



© Michael Sondermann, Bundesstadt Bonn

meinschaft für seine Existenzberechtigung kämpfen müssen. Heute müssen wir den Gefahren eines Auseinanderdriftens der Europäischen Union mit anderen Mechanismen und Lösungen begegnen, aber das eigentliche Problem liegt an einer anderen Stelle: Warum schaffen es die Vorteile, die die Europäische Union Europa bietet, nicht häufiger

auf eine Titelseite? Die erfolgreiche Zusammenarbeit europäischer und kommunaler Akteure geschieht auch direkt vor Ort und betrifft uns unmittelbar. Am 5. November 2018 wurde die Bundesstadt Bonn zum zweiten Mal als „europaaktive Kommune“ ausgezeichnet. Die Urkundenverleihung fand im Rahmen der Netzwerkveranstaltung „Kommunen und Zivilgesellschaft in Europa“ im Düsseldorfer Maxhaus statt und zeichnete insgesamt 24 weitere Kommunen aus. Bonn engagiert sich in verschiedenen Bereichen, um die Europakompetenz der Stadt auszubauen, zu fördern und zu erhalten. Neben festen Terminen wie dem Europatag am 9. Mai oder der Europawoche, die in diesem Jahr vom 4. bis 12. Mai stattfindet, arbeiten verschiedene Akteure jeden Tag daran, Europa greifbar für Bürgerinnen und Bürger zu machen. Das Netzwerk aus Bundesbehörden, UN-Institutionen, zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, Wirtschaftsakteuren und natürlich der Regionalvertretung der Europäischen Kommission bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine ungewöhnliche Dichte, um den europäischen Gedanken auf allen Ebenen zu erfassen. Europa ist in allen Lebensbereichen spürbar – angefangen bei den

europäischen Fördergeldern für Wissenschaft und Forschung oder Sozialprojekten wie die „Soziale Stadt Tannenbusch“ bis hin zu Kunst und Kultur mit der diesjährigen „Europa in Bewegung“-Ausstellung des LVR-Landesmuseums oder der zahlreichen Städtepartnerschaften.

Die Bonner CDU feiert in diesem Jahr ihre 40. Jumelage und erinnert so an die enge Verbundenheit, die seither zur niederländischen Schwesterpartei (CDA Zuid Holland) besteht und weiter gepflegt wird. Diese Freundschaft ist auch ein Ausdruck davon, dass Europa über Grenzen hinweg funktioniert und gepflegt werden muss.



© Bundesstadt Bonn



Editorial

Liebe Mitglieder der Bonner CDU,

das neue Jahr steht ganz im Zeichen Europas. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa. In Bonn klappt das seit vielen Jahren schon sehr gut und wir sind nicht umsonst als eine der wenigen „europaaktiven Kommunen“ ausgezeichnet worden. Das erfordert viel Disziplin, Überzeugungskraft, Teamgeist und eine innere Überzeugung für unser gemeinsames Projekt EU! Deshalb bitte ich Sie, setzen Sie sich in diesem Jahr ganz besonders für Europa ein. Bitte machen Sie Werbung für Europa und gehen Sie bitte wählen.

Getreu unserem diesjährigen Sessionsmotto „Mir all sin Bönnsche“, werden wir auch die vielfältigen Aufgaben anpacken, die 2019 vor uns liegen. Wir starten dieses Jahr mit dem Kommunalwahlprogrammprozess, der bereits läuft. Im November stellen wir unsere Kandidaten für die Kommunalwahl im nächsten Jahr auf. Die Verabschiedung unseres Kommunalwahlprogrammes erfolgt 2020 nach einem umfassenden Prozess mit mehreren, auch externen, Workshops. Wir laden Sie ganz herzlich ein, Teil dieser Idee zu werden und sich in den kommenden Workshops zu engagieren. Über das Angebot werden Sie ab März auf unserer neuen Homepage und schon jetzt im elektronischen Newsletter informiert.

Nun wünsche ich uns allen aber zuerst eine tolle Karnevalszeit

Dreimal Bonn Alaaf!

Ihr

Quirinus
Katridis

Was wählen wir am 26. Mai?

Das Europäische Parlament ist mächtiger als man denkt

Von Wolfgang Quirin, Europabeauftragter der Bonner CDU

Es gibt kaum ein europäisches Gesetz, das ohne die Zustimmung des Europäischen Parlamentes in Kraft tritt. Zudem entscheidet dieses Parlament, wer der nächste Präsident der Europäischen Kommission, der Regierungschef Europas, wird.

Vom 23. bis 26. Mai 2019 findet in den voraussichtlich 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die neunte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Es ist das einzige direkt demokratisch und direkt gewählte Organ der EU. In Deutschland und Österreich findet die Europawahl am 26. Mai 2019 statt. Gewählt werden 705 Abgeordnete.

Die zentralen Aufgaben des Europäischen Parlamentes sind nachfolgend aufgelistet:

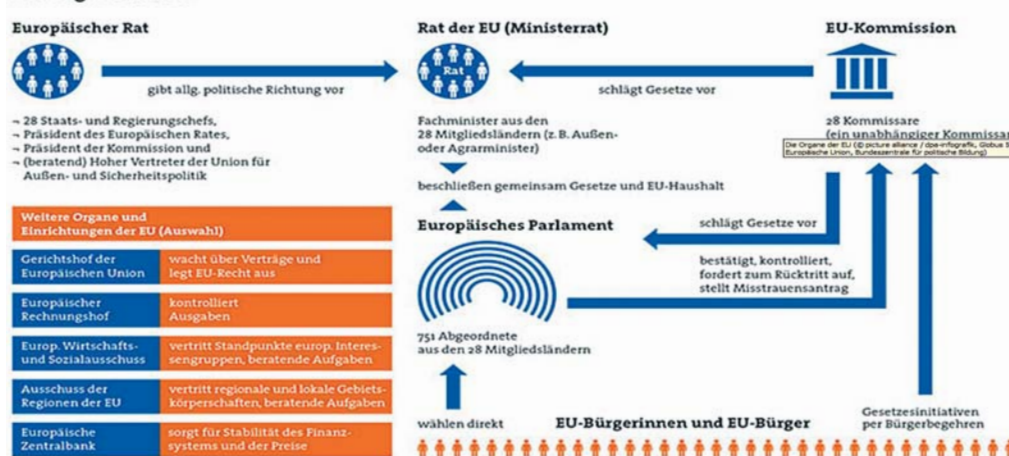
- vertritt die Interessen der Europäischen Bürgerinnen und Bürger
- entscheidet über europäische Gesetze und über den Haushalt der EU
- wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission
- kontrolliert die anderen EU Institutionen

Was aber macht das Europäische Parlament und welche Befugnisse hat es?

Das Europäische Parlament ist mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat eines der drei zentralen Institutionen der Europäischen Union, welches die Gesetzgebung mitbestimmt.

Grundsätzlich hat ausschließlich die Europäische Kommission das Recht Gesetzentwürfe vorzulegen. Allerdings können das Europäische Parlament, der Ministerrat und der Europäische Rat die Kommission auffordern, tätig zu werden.

Die Organe der EU



© picture alliance dpa-infografik, Globus 5915; Datenquellen Europäische Union, Bundeszentrale für politische Bildung

Das Europäische Parlament ist eines der beiden gesetzgebenden Gremien. Zusammen mit dem Europäischen Rat (der sich aus den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, dem Präsidenten des Europäischen Rates sowie dem Kommissionspräsidenten zusammensetzt, wobei letztere kein Stimmrecht besitzen), kann es Legislativvorschläge annehmen oder ändern und entscheidet mit über den EU-Haushalt. Ferner überwacht das Europäische Parlament die Arbeit der Kommission und der anderen EU-Einrichtungen und arbeitet mit den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten zusammen, damit sich diese einbringen können.

Wie ist der Ablauf eines ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens?

Ein Gesetzesvorschlag der Kommission wird zunächst in einer ersten Lesung im Europäischen Parlament beraten. Falls in der dritten Lesung ein Gesetzentwurf keine Zustimmung findet, gilt dieser als gescheitert. Im Gegensatz zu nationalen Parlamenten

kann das Europäische Parlament aber keine Gesetze vorschlagen – das Initiativrecht hat allein die Europäische Kommission.

Im Europäischen Parlament sind zurzeit folgende Fraktionen mit 96 Abgeordneten aus Deutschland vertreten:

- 34 in der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (EVP)
- 27 in der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)
- 6 in der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR), 4 in der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
- 13 in der Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz (Grüne/EFA)
- 8 in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)
- 1 in der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)
- 1 in der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)
- 2 sind fraktionslos.

Europa – Jetzt erst recht!

Von Axel Voss MdEP

Bei der Europawahl am 26. Mai wird es ums Grundsätzliche gehen. Ein Bekenntnis zum Friedensprojekt Europa ist wichtiger denn je, denn es wird nicht weniger als ein Kampf um die Werteordnung.

Die Europäische Union ist Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Und für die großen Zukunftsthemen wie Klimaschutz, Migration und Sicherheit brauchen wir ein starkes Europa. Das sehen nicht mehr alle so. Bei uns in Deutschland ist die AfD mit ihren anti-europäischen Positionen das herausragende Beispiel. In anderen europäischen Staaten



haben es Parteien mit solchen Positionen schon in die nationalen Regierungen „geschafft“.

Was macht Europa aus? Was leistet Europa?

Ich möchte Ihnen sehr gerne die wichtigsten Argumente für unser gemeinsames Europa aus meiner Sicht nennen.

Europa der Werte: Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft, die auf der christlich-abendländischen Kultur unseres Kontinents beruht. Unsere Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes stärkt die solidarische Gesellschaft und die Demokratie.

Unsere Schöpfung bewahren: Wir stehen für eine nachhaltige Klima- und Umweltpolitik. Der schonende Umgang mit Ressourcen und Investitionen in umwelt- und klimafreundliche Technologien stehen für uns dabei im Vordergrund.

Stabile Währung und solide Haushalte: Ein stabiler Euro und solide Haushalte sind Voraussetzungen für Wohlstand in Europa. Die

EU kann helfen, die Finanz- und Wirtschaftsprobleme in einigen Mitgliedstaaten zu überwinden. Es müssen sich aber alle EU-Mitglieder an die vereinbarten Stabilitätsregeln halten.

Europäischen Binnenmarkt vollenden: Der Binnenmarkt ist die Grundlage unseres Wohlstandes in Deutschland und Europa. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des digitalen Binnenmarktes und des Binnenmarktes für Dienstleistungen ein.

Digitalisierung gestalten: Die Digitalisierung prägt unsere Wirtschaft und unser Privatleben zunehmend. Wir brauchen daher europäische Regeln für den digitalen Raum, vom Urheberrecht bis zu Verbraucherrechten beim Online-Einkauf. Auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur und Forschungsförderung für künstliche Intelligenz ist für die Wettbewerbsfähigkeit essentiell.

Migration weiter reduzieren und ordnen: Die EU muss mehr tun, um die Migrationsströme dauerhaft zu reduzieren und Fluchtursachen zu bekämpfen. Neben einem wirksameren Schutz der EU-Außengrenzen setzen

wir uns für weitere Abkommen mit Herkunft- und Transitländern ein.

Terrorismus und Kriminalität entschlossen bekämpfen: Kriminalität und Terrorismus sind grenzüberschreitende Phänomene. Wirksam können wir sie nur mit effizienter europäischer Zusammenarbeit bekämpfen. Wir setzen uns daher für einen weiteren Ausbau der europäischen Polizeibehörde Europol ein.

Außengrenzen besser schützen: Die Außengrenzen müssen noch besser geschützt werden, damit die Reisefreiheit innerhalb der EU erhalten bleiben kann. Wir wollen die EU-Grenz- und Küstenwache Frontex unter europäischem Kommando weiter ausbauen.

Europa gemeinsam verteidigen: Die EU-Mitgliedstaaten geben mehr Geld für die Verteidigung aus als die USA. Das globale Gewicht der EU bei Sicherheitsfragen ist aber viel geringer. Das wollen wir ändern. Das Ziel müssen gut ausgerüstete europäische Streitkräfte sein, die in der Sicherheit und Verteidigung eng zusammenarbeiten.

www.axel-voss-europa.de

Aus dem Bundestag

Mehr Demokratie und Transparenz für Lobbyisten

Von Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB, Vorsitzende der CDU Rhein-Sieg

Seitdem durch das Urteil des Verwaltungsgerichts Köln ein Dieselfahrverbot für die Reuterstraße und den Belderberg droht, dürfte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) den Bürgern der Region ein Begriff sein. Wie in anderen deutschen Städten hat auch hier die DUH als anerkannte Umweltvereinigung ein Dieselfahrverbot eingeklagt.

Selbstkritisch muss die Politik dabei zunächst einräumen, dass es – unabhängig von allen Bedenken gegen die wissenschaftliche Begründung der Grenzwerte und gegen die konkreten Messstellen – nicht geschafft wurde, verbindlich vereinbarte Grenzwerte zur Luftreinhaltung einzuhalten. Eine konsistente Politik muss an all diesen Punkten ansetzen und dabei sicherstellen, dass Anwohner vor tatsächlich gesundheitsbedenklichen Schadstoffkonzentrationen bewahrt werden. Die DUH nimmt mit Klagen gegen die Nichteinhaltung der geltenden europäischen Grenzwerte nun ein Recht in Anspruch, das Verbänden nach dem Umweltrechtsbehelfs-

gesetz zusteht. Das kann man der Organisation nicht vorwerfen; allerdings geben Urteile, die weder andere Schadstoffquellen (beispielsweise private Kaminöfen oder regional die Abgase von Schiffsmotoren) in den Blick nehmen, noch zu insgesamt konsistenten Lösungen führen, Anlass, das Verfahren zu überprüfen und dabei auch die Voraussetzungen in den Blick zu nehmen, die die klagebefugten Verbände erfüllen müssen.

Voraussetzung für das Verbandsklagerecht sind nach § 3 UmwRG u.a. das Jedermannsprinzip bei der Mitgliedschaft und die Gemeinnützigkeit – oder kurzgesagt: die demokratische Binnenstruktur. Die Deutsche Umwelthilfe verfügt etwa über 4500 Fördermitglieder, aber nur 350 stimmberechtigte Vollmitglieder. Das heißt: nicht einmal 10% der Mitglieder dürfen in dem als gemeinnützig eingetragenen Verein mitentscheiden. Eine demokratisch verfasste Binnenstruktur nach dem Jedermannsprinzip sieht für mich anderes aus.

Von dieser inneren Verfasstheit hängen grundsätzlich aber die Anerkennung der Ge-



meinnützigkeit und der Zugang zum Verbandsklagerecht ab. Aus diesem Grund ist der CDU-Parteitagbeschluss, auf eine Überprüfung der Gemeinnützigkeit der DUH durch die zuständigen Stellen hinzuwirken, in meinen Augen sinnvoll. Generell muss der Grundsatz gelten, dass die Anforderungen an die innere Verfasstheit von Organisationen, die sehr gezielt auf politische Diskussionen Einfluss nehmen, sich noch stärker an offenen und demokratischen Strukturen orientieren müssen. Zusätzlich muss mehr Transparenz

bei der Finanzierung solcher Organisationen herrschen. Prozesse und Abmahnungen dürfen nicht das Geschäftsmodell von solchen Organisationen sein. Wettbewerber dürfen solche Organisationen nicht instrumentalisieren.

Dass es auch anders geht, beweisen Vereine, bspw. der BUND e.V.. Mir geht es darum, den lauten Kampagnenmachern, die von einem kleinen Zirkel geführt werden und sich nach außen hin abschotten, nicht das Feld zu überlassen, wenn wir gleichzeitig seriöse und demokratisch-strukturierte Verbände haben. Dabei geht es nicht darum, sich generell „kritischer Geister“ zu entledigen. Verbandsklagerechte im Umweltbereich sind sinnvoll, um schnell übergangene, gleichwohl wichtige Interessen in diesem Bereich angemessen durchzusetzen, auch mit Hilfe der Gerichte und auch mit spürbaren Konsequenzen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass einzelne Aspekte absolut gesetzt werden und keine vernünftigen Abwägungen mehr ermöglichen.

www.elisabeth-winkelmeier-becker.de

Aus dem Stadthaus

Liebe Mitglieder der Bonner CDU!

Kurz nach Jahresbeginn möchte ich mit den regelmäßigen Berichten von meiner Arbeit im Stadthaus fortfahren und Ihnen einen Überblick über das geben, was uns in 2019 erwartet.

Zunächst gestatten Sie mir einen Blick zurück auf 2018. Das Jahr war teilweise turbulent und hatte viele Herausforderungen neben dem normalen Alltagsgeschäft. Es gab aber auch gute Nachrichten. Dazu zählt zum Beispiel die von mir am Jahresende angekündigte Lösung für die kurfürstliche Zeile in Bad Godesberg mit der zukünftigen Nutzung als Hochschule. Dank der Unterstützung durch unsere Landtagsabgeordneten und die Landesregierung wird es hoffentlich gelingen, IT-Security Spezialisten in Bad Godesberg auszubilden. Diese Entwicklung wird der Bad Godesberger Innenstadt und dem Stadtbezirk, aber auch der ganzen Stadt, guttun. Auch dank der Unterstützung vieler Parteifreunde war ich in der Lage, mit all den Sachverhalten umzugehen, die die Stadtverwaltung tagtäglich erreichen. Wir haben Projekte zum Abschluss, andere auf den Weg ge-



Foto: Regina Spitz/Bundesstadt Bonn

bracht, gemeinsam Lösungen gesucht und meist auch gefunden. Beispielhaft nennen möchte ich die Erweiterung der Öffnungszeiten im Dienstleistungszentrum, die ca. 800 weitere Termine pro Monat ermöglicht, und die Initiative „Gelbe Karte für mehr Sauberkeit“, die unterstützt von der Fraktion realisiert wurde. Dafür mein herzlicher Dank an alle, die sich in irgendeiner Form eingebracht haben. Das lässt mich mit Freude und Zuversicht in die Zukunft blicken!

Ausblick auf 2019

Das Jahr 2019 wird geprägt sein von den letzten Vorbereitungen für das Beethovenfestjahr 2020, den Beratungen zum Sportstättenentwicklungsplan, den Bädern und der weiteren Entwicklung in der Kultur. Wir werden Lösungen erarbeiten müssen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, die Verkehrssituation in den Griff zu bekommen und dabei nach Möglichkeit Dieselfahrverbote zu vermeiden. Bei all diesen Punkten erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns Lösungen. Außerdem möchte ich die Zusammenarbeit mit den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises sowohl bei der Gewerbeflächenentwicklung als auch bei Wohnflächen und im Verkehrsreich weiter ausbauen. Ein weiteres Anliegen ist mir die Digitalisierung. Mein Ziel ist es, dass Bonn zukünftig bei diesem Thema bundesweit Vorreiter sein wird. Wenn wir jetzt nicht mit Nachdruck in dieses Thema einsteigen, dann verpassen wir eine Entwicklung, die schneller über uns hereinbrechen wird, als wir uns das denken. Ich sehe uns hierbei aber auf einem guten Weg.

Wie Ihnen sicherlich aus der Presse bekannt ist, wird es 2019 personelle und organisatorische Änderungen in der Stadtverwaltung geben. Nach dem Ausscheiden des Beigeordneten Schumacher wird das Dezernat künftig ausschließlich die Bereiche Sport und Kultur umfassen und ab März von Frau Dr. Schneider-Bönninger geleitet werden. Der Bereich Wissenschaft wird bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt sein. Durch den Wechsel erhoffe ich mir neuen Schwung und Ideen, die uns als Stadtverwaltung voranbringen werden.

Nun wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben eine schöne jecke Zeit, lassen Sie sich mitreißen vom Karneval. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen allen, wünsche mir viele Begegnungen und konstruktive Gespräche.

Herzliche Grüße, *kw*

Alexander Stidkauer

Oberbürgermeister

Neues Polizeigesetz: Quantensprung bei der Inneren Sicherheit

Von Dr. Christos Katzidis MdL

Nach der zweiten Lesung des Polizeigesetzes (PolG NRW) am 12. Dezember waren auch die letzten Bedenken über die umfangreichste polizeiliche Gesetzesänderung in NRW ausgeräumt. Gemeinsam mit der FDP und den Sozialdemokraten haben wir gegen die Stimmen der Grünen das Gesetz beschlossen. Mit dem Polizeigesetz ist der Landesregierung im wahrsten Sinne des Wortes ein großer Wurf gelungen. Im Mai 2017 waren wir als Christdemokraten gewählt worden, um die Sicherheit in NRW wieder in den Fokus zu rücken, nachdem dieser wichtige Bereich von der rot-grünen Vorgängerregierung sträflich vernachlässigt wurde.

Wir können auch hier zum wiederholten Male sagen: Versprochen und Gehalten!

Nachdem wir schon in den anderen Bausteinen (neue politische Führungskultur, mehr Personal und bessere Ausstattung) im Bereich der Inneren Sicherheit unsere Wahlversprechen weitgehend eingelöst haben, haben

wir jetzt auch den vierten Baustein umgesetzt.

Mit der Gesetzesänderung haben wir einen neuen Gefahrenbegriff eingeführt, der es der nordrhein-westfälischen Polizei zukünftig ermöglichen wird, im Vorfeld einer konkreten Gefahr präventiv tätig zu werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Gefahr einer terroristischen Straftat besteht.

Darüber hinaus enthält das PolG NRW jetzt vier neue Befugnisse. Wir haben Rechtsgrundlagen für Anhalte- und Sichtkontrollen (sog. Strategische Fahndung), Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) einschließlich der sog. Quellen-TKÜ, ein Aufenthalts- und Kontaktverbot und elektronische Fußfesseln eingeführt.

Neben dem neuen Gefahrenbegriff und den vier neuen Befugnissen wurden aber auch bestehende Befugnisse erweitert. Insbesondere die Möglichkeiten für eine Videobeobachtung im öffentlichen Raum und die präventive Haft haben wir erweitert. Zudem gibt es

jetzt für unsere Polizisten die Möglichkeit Taser (Distanzelektroimpulsgeräte) einzusetzen.

Der ursprünglich geplante Gefahrenbegriff der „drohenden Gefahr“ war bei den inhaltlichen Debatten der größte Streitpunkt. Hier stand einmal mehr die Frage im Vordergrund, wieviel Freiheit man bereit ist für die Sicherheit aufzugeben. Ich finde, dass wir mit dem jetzigen Begriff der terroristischen Straftaten gemeinsam mit den Liberalen einen guten Kompromiss gefunden haben.

Die Befugnisse der Polizei beim Kampf gegen Terror und die Alltagskriminalität wurden gestärkt. Ob potentielle Terroristen, schlagende Ehepartner oder Hooligans - alle müssen durch das neue Polizeigesetz mit einem früheren Handeln unsere Polizei rechnen, denn wir haben nicht nur potenzielle Terroristen vor Augen gehabt, sondern wollten der Polizei insbesondere auch mehr Befugnisse gegenüber Sexualstraftätern, häuslichen Schlägern und Stalkern einräumen.



Die Polizei kann jetzt moderne Kommunikationsmöglichkeiten, wie z.B. WhatsApp oder Telegram, unter bestimmten Voraussetzungen und mit richterlicher Genehmigung überwachen. Besonders wichtig war für mich die Vereinfachung der Videobeobachtung im öffentlichen Raum. Jetzt können nicht nur kriminalitätsbrennpunkte beobachtet werden, sondern auch andere Örtlichkeiten. Unsere Polizei NRW ist mit dem neuen Gesetz jetzt weitaus handlungsfähiger als zur rot-grünen Regierungszeit!

www.christos-katzidis.de

Die NRW KiBiz-Reform: Finanzielle Entlastungen für Familien

Qualitative Verbesserungen – 1,3 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich für die Kindertagesbetreuung

Von Guido Déus MdL

Das neue Jahr ist erst wenige Tage alt und bereits zum Jahresanfang können wir mit weiteren guten Nachrichten aus Düsseldorf aufwarten! Hierzu gehören ein weiteres beitragsfreies KiTa-Jahr, eine Platzausbaugarantie und erhebliche qualitative Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung.

Unsere Landesregierung hat wichtige und zukunftsorientierte Entscheidungen auf dem parlamentarischen Weg gebracht, die Familien erheblich finanziell entlasten, die Flexibilität und Qualität in der Kindertagesbetreuung maßgeblich verbessern und die chronische Unterfinanzierung der Kindertageseinrichtungen zukünftig beseitigen sollen. Vor dem Hintergrund steigender Geburtenzahlen, Zuwanderung, steigendem Betreuungsbedarf und der erforderlichen Flexibilität von Betreuungszeiten sowie dem Ziel der Qualitätsverbesserung in der Kinderbetreuung war dies dringend geboten.

Anfang Januar 2019 hat unser Bonner Land-



tagskollege, Familienminister Dr. Joachim Stamp, die Reformpunkte des „Paktes für Kinder und Familien“ vorgestellt. Nach intensiven Verhandlungen mit den Kommunalen Spitzenverbänden ist es gelungen sich auf Eckpunkte für eine Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) zu verständigen und eine gemeinsame Vereinbarung zu unterzeichnen. Eine Aufgabe an der die Rot/Grüne Vorgängerregierung in den letzten sieben Jahren gescheitert war.

Für die Auskömmlichkeit des KiBiz werden ab dem Kindergartenjahr 2020/21 jährlich rund 750 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Diese tragen das Land und die kommunalen Jugendämter hälftig. Die pauschalierte Finanzierung wird zudem anhand der tatsächlichen Entwicklung der Personal- und Sachkosten jedes Jahr automatisch erhöht. Die Landesregierung gibt eine Garantie, dass in der laufenden Legislaturperiode jeder notwendige Betreuungsplatz bedarfsgerecht bewilligt und investiv gefördert wird. In den nächsten Jahren werden jährlich mindestens 115 Mio. Euro in den investiven Ausbau (Ausbau, Umbau und Neubau sowie Ausstattungsverbesserungen) der Kindertagesbetreuung gegeben, um den Ausbau der Betreuungsplätze erheblich zu forcieren.

Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll zudem zukünftig mehr Flexibilität in der Kindertagesbetreuung ermöglicht werden, beispielsweise über verlängerte Öffnungszeiten der Kindertageseinrich-

tungen oder über Zusatzangebote in der Kindertagespflege. Insgesamt werden dafür rund 100 Mio. Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt. 220 Mio. Euro an Bundesmitteln sorgen zudem dafür, dass jede Kita mehr Geld erhält, ein höherer Personaleinsatz und eine Verbesserung der Leitungsausstattung möglich wird, die Ausbildung zum Erzieher/ zur Erzieherin finanziell unterstützt sowie die Sprachförderung künftig verbindlich und gut umgesetzt werden können.

Für Familien finanziell besonders interessant: Die Landesregierung hat sich entschieden, ein weiteres Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Ab dem Kita-Jahr 2020/21 müssen Familien dann für die letzten beiden Jahre vor der Einschulung keinen Beitrag mehr aufbringen! Die Einnahmeausfälle der Kommunen werden vom Land durch den Einsatz von Bundesmitteln vollumfänglich ausgeglichen.

www.guido-deus.de

Bürgersprechstunde: Jeden Montag nach Absprache, 14:30-16:30 Uhr, Tel: 0228/84250340

Aus dem Kreisverband

Mobilität wird wichtiger, wie werden wir künftig mobil sein?

Perspektiven für die Mobilität in der Region Bonn/Rhein-Sieg

Von Evelyn Höller, Arbeitskreisleiterin Landespolitik

Zu diesem Thema hatte der Arbeitskreis Landespolitik der Bonner CDU am 22. November 2018 den CDU-Landtagsabgeordneten aus dem linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis, Oliver Krauß aus Alfter eingeladen.

Krauß ist Mitglied im Verkehrsausschuss des Landes NRW und der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg. Nach einem Impulsreferat folgte eine rege Diskussion über mögliche Lösungen für die Verkehrsprobleme in unserer Region. Vor allem der tägliche Berufsverkehr in Bonn gleicht oftmals einem Chaos und ist sehr störanfällig. Ein größerer Unfall auf der Autobahn reicht erfahrungsgemäß aus, um den Straßenverkehr bis in die kleinste Straße im Innenstadtbereich lahmzulegen. Die geplante Verbreiterung der Bundesautobahnen 59 und 565 könne daher nur begrenzt weiterhelfen. Krauß forderte eine sachliche Debatte über alle Möglichkeiten – auch über eine Verbindung als Bundesstraße zwischen dem Konrad-Adenauer-Damm und der Südbrücke („Venusbergtunnel“) und über den sogenannten „Ennertaufstieg“. Diese gesamte Strecke war ursprünglich einmal als Autobahn gedacht und unter dem Namen „Südtangente“ umstritten. Eine Seilbahn auf den Venusberg, ein Ausbau des Radwegenetzes und des

ÖPNV-Angebotes können für sich genommen die Verkehrsprobleme der Region nicht entscheidend lösen. Wer gegen ein Projekt sei, soll daher Alternativen aufzeigen.

Verkehrsexperte Oliver Krauß legte in seinem Vortrag mögliche Maßnahmen für eine Entlastung der angespannten Verkehrssituation dar und zeigte auf, wie sich die Mobilität künftig verändern wird.

Der prognostizierte Bevölkerungszuwachs in der Region bis zum Jahr 2030 um bis zu 70.000 Menschen ist dabei eine große Herausforderung. Die Infrastruktur muss mitwachsen. Großbaustellen und Engstellen auf Straße und Schiene würden den Verkehrskollaps beschleunigen. Dem muss entgegen gewirkt werden. Daneben werden der demografische Wandel und die Digitalisierung wichtige Themen sein. „Die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen, wird immer individueller werden. Steigende Digitalisierung wird die Mobilitätsformen zusätzlich von Grund auf revolutionieren“, so die Prognose von Krauß.

Um den ÖPNV attraktiver zu machen, muss auch über ein gerechteres Preissystem beraten werden, damit nur die tatsächlich gefahrene Strecke bezahlt wird. Das ist jedoch nur mit einem elektronischen Ticket möglich. Als Modellkommune für Maßnahmen zur Luftreinhaltung („Lead City“) fördert der Bund in

Bonn das Abonnement des sogenannten „Klimatickets“, ein 365-Euro-Jahresticket nur für Neu-Kunden, das aktuell für ein Jahr erhältlich ist. Aber was passiert danach?

„Solche Angebote zur Neukundengewinnung sollte es dauerhaft geben, um die Straßen vom Verkehr zu entlasten. Im Gegenzug muss dann der ÖPNV aber auch verdichtet und weiter ausgebaut werden. Dies kann nur mit Hilfen von Bund und Land gehen“, so Oliver Krauß.

Damit einhergehende Herausforderungen sind aus Sicht von Oliver Krauß u.a. eine Vereinfachung des Tarifsystems, bessere Kundeninformation sowie flächendeckende Barrierefreiheit. „Nur wenn das Angebot attraktiv ist, wird es genutzt“, meint auch die Arbeitskreisleiterin Evelyn Höller.



Oliver Krauß MdL

Einen Einschnitt für Bonn bedeutet die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vom 8. November 2018, wonach für den Belderberg und die Reuterstraße ab April 2019 Fahrverbote anzuordnen sind, wenn die Grenzwerte von Stickstoffdioxid weiterhin überschritten werden.

Zwar wird es Ausnahmen geben für Lieferverkehr, Anwohner und Schwerbehinderte, doch es bleibt abzuwarten, wie das Thema zukünftig behandelt wird und welche Antriebstechnik sich am Markt durchsetzen wird. „Eine Verlagerung des Verkehrs auf nicht gesperrte Straßen kann nicht die Lösung sein“, so Evelyn Höller.

Abschließend erklärte Oliver Krauß, „Das Mobilitätsverhalten der Menschen wird sich in den nächsten Jahren weiter verändern.“ Dazu zählen der weitere Ausbau der Fahrrad(schnell)wege und des ÖPNV-Angebotes, „Sammelsysteme“, zunehmende Car-Sharing-Angebote, Fahrradverleihsysteme sowie die Möglichkeiten, die das autonome Fahren mit sich bringen wird. Mobilitäts- und Verkehrspolitik muss mehr denn je intensiv in den Kontext weiterer Politikfelder der Stadtentwicklung wie Umwelt- und Energiefragen integriert werden. Daher ist es wichtig, dass die Bundesstadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis noch enger bei diesen Themen zusammenarbeiten.

Kreisverband

Arbeitskreise
AK Bundespolitik
Mi. 27.02., 19:30 h: Mitgliederoffene Sitzung
Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

AK Integration
Mi. 27.03., 19 h: Mitgliederoffene Sitzung
Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

AK Landespolitik
Do. 14.03., 19 h: HEIMAT.ZUKUNFT.NRW
Diskussionsveranstaltung mit Guido Déus MdL über aktuelle Themen aus dem Landtag, insbesondere zum Förderprogramm der NRW-Landesregierung „HEIMAT.ZUKUNFT.NRW“, Wahlkreisbüro, Friedrich-Breuer-Straße 62.

Vorstandswahlen

STBZ Beuel: Vorsitzender: Detlev Lehmann; Stv. Vorsitzende/r: Evelyn Höller, Guido Déus; Schriftführer: Wolfgang Semder; Organisationsleiter: Joachim Mertens; Mitgliederbeauftragter: Daniel Gerhards; Beisitzer: Imke Arracher, Marlon Brüssel, Alexander Dahm, Dirk Esch, Karl-Heinz Everding, Heidi Froese-Jauch, Frederick Geitel, Anna-Maria Johannsen, Monika Krämer-Breuer, Karin Löffler, Ralf Reetmeyer, Volker Schwab, Bernd Werner

OV Beuel-Nord: Vorsitzender: Karl-Heinz Everding; Stv. Vorsitzender: Ralf Reetmeyer; Schriftführerin: Anna Maria Johannsen; Organisationsleiter: Thomas Wenning; Mitgliederbeauftragte: Brigitte Lehmann; Beisitzer/innen: Klaus Bersch, Alexander Dahm, Guido Déus, Stefan Heurich, Dr. Robert Grünewald, Hans Lennarz, Reiner Limbach, Frank Schönhardt, Johannes Suchy

OV Bonn-Innenstadt: Vorsitzende: Dr. Sabine Leuwer; Stv. Vorsitzende/r: Ferdinand Brune, Christiane Overmans; Organisationsleiterin: Eva Vianden; Schriftführer: Thomas Wichelhaus; Mitgliederbeauftragter: Philipp Holtermann; Beisitzer: Lena Mines, Ruth Herbrand, Stefan Frisch, Dr. Pascal Henke, Michael Bogen, Manfred Strotmann

OV Dransdorf: Vorsitzender: Pascal Steiner; Stv. Vorsitzender: Walter Strunck; Schriftführer: Elimar Schubbe; Beisitzer: Günther Merk, Dr. Dr. Ulrich Tammeler

OV Muffendorf/Heiderhof: Vorsitzender: Christoph Jansen; Stv. Vorsitzender: Wolfgang Koll; Beisitzer: Dr. Ludger Buerstedde, Steffen Müller, David Röhler, Dr. Marcus Wittstock

OV Lannesdorf: Vorsitzender: Jan Bostelaar; Stv. Vorsitzender: Tobias Schulz; Organisationsleiter: Tobias Schulz; Mitgliederbeauftragter: Sebastian Schmidt

OV Venusberg/Ippendorf: Vorsitzender: Ingo Schulze; Stv. Vorsitzende/r: Georg Goetz, Oda Maria Döring; Schriftführer: Winfried Kreuzwald; Beisitzer/innen: Dr. Rüdiger Becker, Susanne Plötz, Prof. Dr. Rainer Schalnus, Dr. Klaus Thimm

JU Bad Godesberg: Vorsitzender: Tobias Schulz; Stv. Vorsitzender: Michael Bauer, Philip Crasemann; Beisitzer: Daniel Arian, Jan Bostelaar, Katharina Mann, Robin Nettekoven

JU Zentral Nachwahl: Vorsitzende: Lena Mines; Stv. Vorsitzende/r: Laura Lohr, Sebastian Tewes; Beisitzer: Alexandros Gilch, Sarah Grams, Kathrin Annika Kruse, David Badiei Fard Peixoto, Constantin Poretschkin

Impressum

Union Kurier, Mitgliederzeitung des CDU-Kreisverbandes Bonn
Herausgeber: CDU-Kreisverband Bonn
Carl-Troll-Straße 63, 53115 Bonn
Tel.: 917780
Fax: 91 77 888
Homepage: <http://www.cdu-bonn.de>
e-mail: unionkurier@cdu-bonn.de
Bank: Sparkasse KölnBonn
BIC: COLSDE33XXX
IBAN: DE19370501980031026008
Verlag: Infobonn print GmbH,
Postfach 12 03 05, 53045 Bonn
Redaktion: Stephan Masseling (v.i.S.d.P.),
Alisa Topp
Fotos: CDU Bonn
Der Bezugspreis ist im Mitgliederbeitrag abgegolten.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Hinweis: Der Union Kurier enthält Termine und Informationen zu allen Veranstaltungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Bonn. Einladungen versendet die CDU-Kreisgeschäftsstelle nur zu Mitgliederversammlungen mit Neuwahlen.

 **Wir sind auch auf Facebook:**
<http://facebook.cdu-bonn.de>

Bonn

OV Baumschulviertel / Südstadt
Di. 12.02., 20 h: Bürgertreff
Hotel Bristol, Ecke Poppelsdorfer Allee/Prinz-Albert-Str.

Di. 12.03., 20 h: Bürgertreff
Hotel Bristol, Ecke Poppelsdorfer Allee/Prinz-Albert-Str.

OV Bonn-Castell
Mi. 13.02., 18:30 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung
CJD, Graurheindorfer Str. 149.
Mi. 20.03., 18:30 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung
CJD, Graurheindorfer Str. 149.

OV Bonn-Innenstadt
Mi. 20.02., 19 h: Bürgertreff
Lokal Sonja's, Friedrichstr. 13.
Mi. 27.03., 19 h: Bürgertreff
Lokal Sonja's, Friedrichstr. 13.

OV Dottendorf / Gronau / Kessenich
Di. 19.02., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung
Im Lindenhof, Burbacherstr. 222.
Sa. 23.02., 15 h: Teilnahme am Kessenicher Vierdelszoch
Kessenich, Aufstellung ab 14 Uhr in der August-Bier-Str.
Do. 14.03., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung
Im Lindenhof, Burbacherstr. 222.

OV Poppelsdorf
Mi. 06.02., 19:30 h: Bürgertreff und mitgliederoffene Vorstandssitzung
mit Stv. Christian Steins, Planet Hellas, Clemens-August-Str. 83.
So. 03.03., 12 h: Teilnahme an Veedelszug Poppelsdorf
Aufstellung: Carl-Troll-Str.
Mi. 06.03., 19:30 h: Bürgertreff und mitgliederoffene Vorstandssitzung
mit Stv. Christian Steins, Planet Hellas, Clemens-August-Str. 83.
Mi. 03.04., 19:30 h: Mitgliederversammlung CDU Poppelsdorf
mit Stv. Christian Steins, mit Nominierungen zur Kommunalwahl 2020, Planet Hellas, Clemens-August-Str. 83.

Beuel

OV Beuel-Mitte
Mi. 06.02., 19:30 h: Mitgliederversammlung
Beueler Rathaus, Raum „Stolper Stube“, Friedrich-Breuer-Str. 65.

OV Beuel-Nord
Mi. 20.03., 09 h: Besuch des Landtages in Düsseldorf
mit Guido Déus MdL, weitere Informationen und verbindliche Anmeldung bitte an thomas.wenning@t-online.de.

OV LiKüRa / Beuel-Süd
Mo. 18.03., 19:30 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung
Rathaus Beuel, Friedrich-Breuer-Str. 65.

Hardtberg

STBZ Hardtberg
Mi. 20.03., 19 h: Jahresempfang
Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrheitsstr. 49.

OV Duisdorf
Di. 12.02., 19 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung
Seminarraum in der Musikschule. Villemompler Str. / Schieffelingweg.

Do. 14.03., 19 h: Mitgliederversammlung
Jugendheim St. Martin, Heilsbachstr. 2.

Bad Godesberg

STBZ Bad Godesberg
Sa. 02.02., 11 h: Bürgersprechstunde
Theaterplatz.
Sa. 16.03., 11 h: Bürgersprechstunde
Theaterplatz.

Mo. 01.04., 20 h: Bürgertreff
Gaststätte „Big Daddy“, Annaberger Str. 190.

OV Lannesdorf
Di. 05.02., 18:30 h: CDU Stammtisch
Gaststätte Hopfenstube, Max-Planck-Str. 53.
Sa. 23.02., 10 h: Bürgersprechstunde
an der Kreuzung Zanderstr./Albertus-Magnus-Str. 29.
Sa. 16.03., 10 h: Bürgersprechstunde
auf dem Brunnenplatz, Deutschherrenstraße 199.
Do. 21.03., 18:30 h: CDU Stammtisch
Lannesdorfer Hof, Lannesdorfer Str. 1.

OV Muffendorf / Heiderhof
Fr. 08.02., 18:30 h: Mitgliederoffene Vorstandssitzung
Ristorante Incontro im Heiderhof Center, Aka-zienweg 4.

OV Plittersdorf
Di. 05.02., 19 h: Bürgertreff
Gaststätte Schaumburger Hof, Am Schaumburger Hof 10.
Di. 05.03., 19 h: Bürgertreff
Gaststätte Schaumburger Hof, Am Schaumburger Hof 10.
Di. 02.04., 19 h: Bürgertreff
Gaststätte Schaumburger Hof, Am Schaumburger Hof 10.

OV Villenviertel / Rüngsdorf
Mo. 04.02., 20 h: CDU Stammtisch
mit Stv. Christian Gold, Zwitscherstube, Rhein-allee 17.
Sa. 09.03., 08 h: CDU-Infostand
mit Stv. Christian Gold, Brunnenplatz.
Mo. 11.03., 20 h: CDU Stammtisch
mit Stv. Christian Gold, Zwitscherstube, Rhein-allee 17.
Mo. 01.04., 20 h: CDU Stammtisch
mit Stv. Christian Gold, Zwitscherstube, Rhein-allee 17.

OV Bad Godesberg-Zentrum / Bendel
Sa. 09.02., 11 h: Bürgertreff
mit Stv. Prof. Dr. Jacobs, Gaststätte „Bago“, Moltkeplatz 4.

OV Friesdorf
Sa. 16.02., 10 h: Bürgerdialog am StandPunkt
mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Czuidaj, Klufferplatz.
Sa. 16.03., 10 h: Bürgerdialog am StandPunkt
mit Stv. Alfred Giersberg und Bzv. Sarah Czuidaj, Klufferplatz.
So. 24.03., 10 h: Politisches Frühstück
Bürgerdialog mit Stv. Alfred Giersberg, Nachbarschaftszentrum, Frankengraben 26.

Vereinigungen

Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)
Mo. 18.03., 20:15 h: Mitgliederversammlung mit Neuwahlen
Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Straße 63.

Frauen Union Kreisverband Bonn
Mi. 20.02., 19:30 h: Vorstandssitzung
Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.
Mi. 03.04., 19:30 h: Vorstandssitzung
Kreisgeschäftsstelle, Carl-Troll-Str. 63.

CDU Kleiderstube Beuel
Öffnungszeiten: Montag und Donnerstag von 13:00 bis 18:00 Uhr,
Bonn-Beuel, Kreuzstr. 16.

Evangelischer Arbeitskreis Kreisverband Bonn
Do. 21.03., 19 h: Jahresempfang
mit dem Europaabgeordneten Axel Voss MdEP zum Thema „Europa - Jetzt erst recht!“, Beueler Rathaus, Großer Saal, Friedrich-Breuer Str. 65.

Senioren Union STBZ Bad Godesberg
Do. 21.02., 15 h: Europawahl 2019: Eine Richtungsentscheidung
Vortragsveranstaltung mit Axel Voss MdEP, Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80.